

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Bernd Schlömer (FDP)**

vom 12. Januar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Januar 2021)

zum Thema:

Verschwörungserzählungen, Falsch- und Desinformationen in der Corona-Pandemie und Impf-Kampagne

und **Antwort** vom 01. Februar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. Feb. 2021)

Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung
- Krisenstab -

Herrn Abgeordneten Bernd Schlömer (FDP)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/26125

vom 12. Januar 2021

über Verschwörungserzählungen, Falsch- und Desinformationen in der Corona-Pandemie und Impf-Kampagne

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die vorliegende Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Kenntnis beantworten kann. Er hat daher die Universitäten, die Charité und die Fachhochschulen um Stellungnahme zur Frage 10 gebeten.

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Mit dem Beginn der Impfungen gegen COVID-19 sind umfangreiche Aufklärungskampagnen notwendig, damit sich Menschen über die unterschiedlichen Impfstoffe, ihre Nebenwirkungen und Wirkweise informieren können und im besten Fall für eine Impfung entscheiden. Gesunde Skepsis ist nie verkehrt und Berlinerinnen und Berliner sollen sich nach ausführlicher sachlicher und fachlicher Information eigenständig entscheiden können, ob sie das Angebot einer Impfung wahrnehmen möchten oder nicht. Nicht nur seit Beginn des Impfstarts werden aber Verschwörungserzählungen, Falsch- und sogar Desinformationen verbreitet, die eben keine Grundlage für eine kritische Auseinandersetzung und darauf aufbauend aufgeklärte Entscheidung ermöglichen.

1. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um sachliche, fachliche und differenzierte Informationen über die verschiedenen Impfstoffe und ihre Wirkweisen den Berlinerinnen und Berlinern zur Verfügung zu stellen? In welchen Sprachen werden diese Informationen angeboten?

Zu 1.:

Seit dem 23.12.2020 ist das zentrale Corona-Informationsangebot berlin.de/corona ergänzt um die Rubrik „Impfen“. Hier werden zentrale Informationen und Service-Hinweise angeboten, die sowohl allgemeine wie auch berlinspezifische Fragen rund um das Thema behandeln. Die Informationen werden außerdem in den Sprachen Englisch, Türkisch und Russisch angeboten. Daneben gibt es auf dem Service-Portal Berlin die Möglichkeit, online einen Termin für eine Impfung an den Standorten zu buchen.

2. Wie bewertet der Senat die Gefahr von Verschwörungserzählungen, Falsch- und Desinformation für die Corona-Pandemie allgemein und die Impfungen bzw. Impfbereitschaft speziell?

Zu 2.:

Der Senat ist sich der Gefahr von Verschwörungserzählungen, Falsch- und Desinformationen bewusst und bietet beispielsweise auf dem Internetportal „berlin.de“ oder mit der sog. Impfhilfe interessierten Bürgerinnen und Bürger eine Plattform, auf der sie sich über den Themenkomplex Impfung und Impfprozess informieren können. Studien der Universität Erfurt zufolge lag die Zustimmung zu Verschwörungserzählungen wie „Corona ist menschengemacht“ oder „Corona ist eine Lüge“ Mitte November 2020 bundesweit bei 16 bzw. 15 %. Diese Einstellung korrelierte stark mit einer geringeren Impfbereitschaft in diesen Personengruppen.

3. Für wie groß hält der Senat die Gefahr, dass Menschen sich gegen eine Impfung entscheiden aufgrund von Verschwörungserzählungen, Falsch- und Desinformationen? Was schätzt der Senat, wie viel Prozent der Berlinerinnen und Berliner sich aufgrund dieser gegen eine Impfung entscheiden?

Zu 3.:

Der Einfluss von Verschwörungserzählungen, Falsch- oder Desinformationen auf die Impfentscheidung ist nicht direkt quantifizierbar. Es zeigt sich jedoch, dass die Impfentscheidung durch mehrere Faktoren beeinflusst wird. Zu diesen gehören u. a.:

- das Ausmaß an Vertrauen in die Effektivität und Sicherheit von Impfungen,
- die Wahrnehmung von Krankheitsrisiken und ob Impfungen als notwendig angesehen werden,
- das Ausmaß wahrgenommener struktureller Hürden wie Stress, Zeitnot oder Aufwand.

Bundesweit lag die Impfbereitschaft Mitte Januar 2021 bei 56 % und ist damit seit Anfang Dezember 2020 (48 %) deutlich angestiegen.

4. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um aktiv gegen Verschwörungserzählungen, Falsch- und Desinformationen vorzugehen? Auf welchen Kanälen ergreift er diese? (Social Media, TV, Print, ...)

Zu 4.:

In Bezug auf die Corona-Krise agieren die Pressestellen und das Presseamt des Senats proaktiv, um der Verbreitung von Fake News entgegenzuwirken und Fakten für Bürgerinnen, Bürger, Journalistinnen, Journalisten und Interessierte transparent, schnell abrufbar und verständlich zur Verfügung zu stellen. Im Falle der Corona-Pandemie ist entsprechend proaktiv die zentrale Webseite berlin.de/corona mit einer umfangreichen FAQ-Liste und weiteren Fakten rund um die Verordnungen und sonstigen Entwicklungen der Corona-Pandemie in Berlin eingerichtet worden. Auf diese wird bei neuer Faktenlage oder einer nötigen Richtigstellung von Falschinformationen regelmäßig verwiesen. Auf dieser zentralen Seite finden sich auch Links zu weiteren seriösen Quellen, zum Beispiel zum Robert-Koch-Institut, der Charité und vielen anderen Einrichtungen auf Landes- oder Bundesebene. In Vorbereitung zur Organisation der Coronaschutzimpfung wurden diese Informationen entsprechend vor Impfbeginn mit einem FAQ zur Impfung ergänzt. In der Annahme, dass gerade im Zuge der Corona-Pandemie Falschmeldungen auftreten könnten, ist die Seite berlin.de/corona zudem auf den Social-Media-Kanälen der Senatskanzlei und der Senatsverwaltungen mit dem Zusatz „Fakten statt Fake News“ in einem Sharepic kommuniziert worden.

5. Betreibt der Senat ein Monitoring von Verschwörungserzählungen, Falsch- und Desinformationen? Wenn ja, auf welchen Kanälen?

Zu 5.:

Neben dem eigenen Monitoring der Kommentare, Direktnachrichten und Erwähnungen auf den Kanälen von @RegBerlin (Twitter, Facebook, Instagram, YouTube) unterstützt sich das Netzwerk der Social-Media-Akteur*innen des Landes Berlin gegenseitig beim Monitoring und der Richtigstellung von Fake-News. Zu dem Netzwerk zählen die Senatsverwaltungen, Bezirksämter und jeweils nachgelagerte Behörden oder Unternehmen mit Landesbeteiligung. Sollte eine Richtigstellung zu einer Falschmeldung auf einem Kanal des Netzwerkes veröffentlicht werden, erhalten die dem Kanal folgenden Social-Media-Accounts des Netzwerkes hierüber im Regelfall Kenntnis und können diese auch auf den jeweils eigenen Kanälen verbreiten. Sollte sich eine Falschmeldung über Medien verbreiten, wird auf diese durch die Pressestellen aktiv hingewiesen und diese mit Verweis auf entsprechende Quellen korrigiert (Bsp.: Veröffentlichung eines eigenen Social-Media-Beitrags mit der Kennzeichnung eines Fake-News-Beitrages und Richtigstellung der falschen Behauptungen mit Verweis auf die Faktenlage) oder um eine Korrektur gebeten (Bsp.: Bitte um Richtigstellung einer Agenturmeldung über direkten Kontakt mit der Agentur).

6. Welche Erkenntnisse hat der Senat über Verbreitungswege von Verschwörungserzählungen, Falsch- und Desinformationen?
7. Welche Erkenntnisse hat der Senat über Formate und deren Häufigkeit (z.B. Videos, Bilder, Memes, Sprachnachrichten, längere Artikel) von Verschwörungserzählungen, Falsch- und Desinformationen bzgl. Impfungen und der Corona-Pandemie?

Zu 6. und 7.:

Der Berliner Verfassungsschutz beobachtet Verschwörungserzählung sowie die Verbreitung von Falsch- und Desinformationen nur im Zusammenhang mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen gemäß § 5 Abs. 2 Verfassungsschutzgesetz Berlin. Teile der in diesem Rahmen beobachteten verfassungsfeindlichen Netzwerke, Gruppierungen und Parteien verbreiten Verschwörungserzählungen zur Pandemie. Primär werden diese in den sozialen Netzwerken publiziert. Entsprechende Profile oder andere Online-Verbreitungswege wie Internetseiten werden regelmäßig gesichtet. Weitere Verbreitungswege sind neben der Textform audiovisuelle Darstellungen wie Videos, Audionachrichten oder sogenannte Memes. Eine statistische Auswertung über die Häufigkeit der Verwendung der verschiedenen Formate erfolgt nicht.

8. Welche Erkenntnisse hat der Senat bzgl. Akteuren hinter der Verbreitung und Erstellung von Verschwörungserzählungen, Falsch- und Desinformationen?

Zu 8.:

Die sehr heterogene Szene von Corona-Leugnern und Vertretern weiterer Verschwörungserzählungen entwickelte sich im Frühjahr 2020 als eine Sammelbewegung für Anhänger unterschiedlichster Weltanschauungen und Ideologien. Auch Rechtsextremisten und „Reichsbürger“ sind Teil dieser Szene. Ebenso sind staatlich gelenkte ausländische Medienanstalten an der Verbreitung von Desinformation und Verschwörungsideologien in Deutschland beteiligt.

9. Arbeitet der Senat mit Berliner Influencerinnen und Influencern zusammen, um insbesondere junge Menschen mit Informationen zu erreichen? Wenn nein, wurde dies in Betracht gezogen? Welche Gründe sprechen hiergegen?

Zu 9.:

Die Senatskanzlei arbeitet nicht mit Influencern zusammen. Alle verfügbaren seriösen Quellen von Institutionen, zum Beispiel das RKI, werden aber von unserer Landesseite Berlin.de/corona als Link zur Verfügung gestellt, oder in den Sozialen Medien verlinkt und auf diese verwiesen.

10. Begleitet der Senat die Corona-Pandemie und damit einhergehende Verschwörungserzählungen, Falsch- und Desinformationen wissenschaftlich? Sind dem Senat Studien, die dies tun, bekannt? Wenn nein, warum nicht?

Zu 10.:

Aus den Stellungnahmen der Universitäten, der Charité und der Fachhochschulen ergibt sich folgendes Bild:

Freie Universität Berlin (FUB)

- Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung (gemeinsame Einrichtung der FUB und des Wissenschaftszentrums Berlin [WZB]) des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) geförderten Spitzenforschungsclusters „Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung“ (MOTRA): Bedeutung von Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit den Anti-Corona-Protesten in Deutschland
- Masterforschungen zum Thema "Health Communication, Crisis Talk, and Conspiracy Theories in the Context of COVID-19" (Leitung Prof. Dr. Hansjörg Dilger in Kooperation mit dem Bundesministerium für Gesundheit [BMG] im Rahmen des geförderten Projekts "Risk Communication and Community Engagement [RCCE] during the COVID-19 pandemic: a multi-site international study" [Leitung: Dr. Charbel El Bcheraoui] am Robert Koch-Institut [RKI])
- Seminar zum Thema „Demokratie und Wahrheit“ am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Arbeitsbereich Politik und Recht: Corona-Kontroversen als einer der zentralen Diskussionsgegenstände (Thema allgemein: ideengeschichtliche und politiktheoretische Hintergründe einer partiellen Erosion des Wissenschafts- und Wahrheitsglaubens)
- Fertigstellung eines Forschungsantrags am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Arbeitsbereich Politik und Recht, für das Heisenberg-Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG); Oberthema „Politische Theorie der Digitalisierung“ mit drei Teilabschnitten zu Krise der Wahrheits-, Emotions- und Vertrauenspolitik gegenwärtiger demokratischer Ordnungen; Corona-Krise mit ihren Verschwörungserzählungen, Falsch- und Desinformationen als zentrale empirische Referenz für die politiktheoretische Gegenwartsdiagnose
- Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Arbeitsbereich Politische Bildung): Auswertung u.a. der Ergebnisse zu Verschwörungserzählungen (wie auch zu Antisemitismus, Rechtsextremismus usw.) mit Blick auf zu ziehende Konsequenzen für die politische Bildung

- Seminar "The Communicative Constitution of Social Reality" (Prof. Dr. Harald Wenzel, John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien): Behandlung u.a. von Verschwörungstheorien, z. B. "Plandemic"
- Start des neuen Forschungsprojekts „Psycho-soziales Lagebild der Bevölkerung während der Corona-Pandemie“ zum 01.01.2021 am Institut für Informatik, gefördert vom BMBF: Metaanalyse bereits existierender empirischer Studien als Teil des Vorhabens
- Arbeitsgruppe 14 „Nachrichten, Kampagnen und die Rationalität öffentlicher Diskurse“ am Weizenbaum-Institut (Leitung Prof. Dr. Ulrike Klinger, FUB): Beschäftigung u.a. mit Desinformationskampagnen während der Corona-Zeit
- Projekt „Rezeption und Akzeptanz öffentlicher Informationen trotz Polarisierung: Der Schlüssel zum Erfolg gegen COVID-19“ (Leitung Prof. Dr. Thorsten Faas, FUB): Forschung zur Informationsvermittlung an die Bürgerinnen und Bürger und zur Verarbeitung öffentlicher Informationen generell

Humboldt-Universität zu Berlin

- Studien zur Verarbeitung von Falsch- und Desinformationen, vor allem solche emotionaler Natur, und Informationen aus nichtvertrauenswürdigen Quellen (Prof. Rasha Abdel Rahman und Julia Baum, Institut für Psychologie); geplantes Forschungsprojekt („Covid 19 in der digitalen Infodemie“): Untersuchung, inwiefern sich vorliegende Ergebnisse noch direkter bei coronabezogenen Themen replizieren lassen
- Projekt „Political Communication and Psychological and Economic Expectations during Crises (ComExp)“ (Leitung: Prof. Dr. Jule Specht, Institut für Psychologie, mit Prof. Dr. Georg Weizsäcker und Prof. Dr. Peter Haan, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)
- “Regelungsstrukturen und Regelbildung in digitalen Kommunikationsräumen” (Dr. Matthias C. Kettmann)

Technische Universität Berlin

- “Von der mittelalterlichen Brunnenvergiftung zu COVID-19. Antisemitische Verschwörungsfantasien in Zeiten von Epidemien” (Arthur Langerman Foundation, Zentrum für Antisemitismusforschung [ZfA]): antisemitische Verschwörungsmymen in Bildform aus einer historischen Perspektive
- Stichproben-Datensammlungen zu antisemitischen Fake News und Verschwörungphantasien zu c-19 Im Rahmen des Projekts "Hass im Internet" (Fachgebiet Allgemeine Linguistik)

11. Hält der Senat es für sinnvoll, ein Monitoring von aufkommenden Verschwörungserzählungen, Falsch- und Desinformationen zu betreiben, um aktiv und gezielt kommunikativ auf diese reagieren zu können und so vor die Lage kommen zu können?

Zu 11.:

Berlin steht zusammen mit den anderen 15 Bundesländern und der Bundesregierung in einem ständigen Austausch hinsichtlich der Problematik von Falsch- und Desinformationen und stimmt sich in Fragen der kommunikativen Reaktion ab. Weiterhin reagiert das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, sobald eine Desinformation erkennbar wird und

zum Beispiel im Bereich der Social-Media-Kanäle zirkuliert durch Aufklärung und Information über die Fakten, siehe Antwort zu Frage 5.

Berlin, den 01. Februar 2021

In Vertretung
Martin Matz
Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung